



WELCOME2BW
Newsletter für Engagierte 7/19

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 3
<u>3. Rechtsprechung</u>	S. 4
<u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 5
<u>5. Veranstaltungshinweise</u>	S. 6
<u>6. Impressum</u>	S. 7

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

Aus dem Klassenzimmer abgeschoben

Flüchtlingsrat und GEW kritisieren rücksichtslose Abschiebung aus einer Schule in Emmendingen

In Baden-Württemberg ist eine Jugendliche aus einer Schule heraus abgeschoben worden. Am 27. Juni ist die 15-jährige Fatima A. von Polizisten aus ihrem Klassenzimmer in den Gewerblichen und Hauswirtschaftlich-Sozialpflegerischen Schulen Emmendingen abgeholt und zusammen mit ihrer Mutter nach Nordmazedonien abgeschoben worden. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verurteilen diese Abschiebungsaktion und fordern die Landesregierung auf, keine Abschiebungen aus Schulen und anderen Bildungseinrichtungen durchzuführen.

Weiterlesen ...

Sprachvermittlung individuell gestalten

Akteure tauschen sich in Lörrach aus

Kürzlich lud Josha Frey (MdL Bündnis 90/Die Grünen) in Kooperation mit der Wirtschaftsregion Südwest wieder zum Runden Tisch "Integration von Geflüchteten im Arbeitsmarkt" ein. Der Runde Tisch bietet eine Plattform des Austauschs zu aktuellen Themen der Integration für Akteur*innen aus Wirtschaft, Verwaltung und der Flüchtlingsarbeit. Diesmal gab es Vorträge zum Thema "Sprache als Schlüssel zur Integration", die Referent*innen waren Philipp Schweinfurth (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg), Tatyana Nam (iOR Sprachakademie in Lörrach), Hanna Otter (Arbeitskreis Miteinander) und Markus Körner (Projekt ABC Arbeit*Beruf*Chancen). Im Laufe der Veranstaltung wurde deutlich, dass ein entscheidender Faktor für den Erfolg beim Spracherwerb die Berücksichtigung der individuellen Situation der Lernenden zu sein scheint.

- [Artikel Regiotrends](#)

Einleitung eines landesweiten Roma-Netzwerks

*Erstes Treffen von Roma und Unterstützer*innen mit über 90 Teilnehmenden*

Die Anlaufstelle Pro Roma der katholischen Seelsorgeeinheit Waldkirch hatte in Kooperation mit dem Roma-Büro Freiburg zum ersten landesweiten Treffen von Roma nach Waldkirch eingeladen, es kamen über 90 Menschen aus ganz Baden-Württemberg. Kenan Emini (Vorsitzender des Roma-Centers Göttingen und Mitglied des Bundes Roma Verband) sprach im Einführungsvortrag über die Arbeit der Initiative "Alle bleiben", die sich für die Rechte von Roma, die von Abschiebung bedroht sind, einsetzt. Mit Gästen, Kemal Ahmed (Pro Roma) und Seán McGinley (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg) wurde im Anschluss die Gründung eines landesweiten Netzwerkes eingeleitet.

- [Artikel in der Badischen Zeitung](#)

1368 Abschiebungen aus Baden-Württemberg im ersten Halbjahr 2019

Dublin-Überstellungen nach Italien und Westbalkan-Abschiebungen führen Statistik an

Im ersten Halbjahr des Jahres 2019 sind insgesamt 1368 Menschen aus Baden-Württemberg abgeschoben worden. Mit 124 Abschiebungen ist Italien das häufigste Zielland für Abschiebungen gewesen, was auf Dublin-Überstellungen in das Erstankunftsland der Geflüchteten zurückzuführen ist. Die nächsten vier Ränge werden

allesamt von sogenannten "Sicheren Herkunftsstaaten" bzw. Ländern des Westbalkan belegt: Kosovo (114), Nordmazedonien (110), Serbien (99) und Albanien (95). Während in den ersten sechs Monaten des letzten Jahres 17 Menschen nach Nigeria abgeschoben wurden, waren es zum Stichtag 2019 bereits 73 - die Zahl hat sich mehr als vervierfacht. Auch nach Gambia, das sich in der Aufarbeitung einer [22-jährigen Diktatur und Gewaltherrschaft](#) befindet, wurden doppelt so viele Menschen zurückgeführt (54) als im gleichen Zeitraum 2018. Im Vergleich zum [ersten Halbjahr des vergangenen Jahres](#), hat die Gesamtzahl der vollzogenen Abschiebungen leicht abgenommen.

Weiterlesen ...

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

Familiennachzug: Einleitung eines Widerrufsverfahrens darf keinen Einfluss auf Visumserteilung haben

Bundestags-Anfrage der Grünen fördert wichtige Erkenntnisse zu Tage

Auf Anfrage der Partei Bündnis 90/Die Grünen hat das Bundesministerium des Innern bestätigt, dass die Einleitung eines Widerrufsverfahren vor rechtskräftigem Abschluss keinen Einfluss auf die Visumserteilung zum Familiennachzug haben darf. Denn vor rechtskräftigem Abschluss des Widerrufverfahrens sind die Betroffenen weiterhin Inhaber*innen einer Aufenthaltserlaubnis. Das Vorgehen der Botschaften, Anträge zum Familiennachzug bei laufenden Widerrufsverfahren liegen zu lassen, ist somit nicht zulässig. Im Einzelfall sollte deshalb ein rechtliches Vorgehen gegen eine solche Praxis geprüft werden.

- [Pressemitteilung von Luise Amtsberg, MdB mit Links zum Originalwortlaut der Anfrage](#)

NesT – ein neues Programm zur legalen Aufnahme von Flüchtlingen

Kritische Einschätzung vom Flüchtlingsrat Niedersachsen

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat mit „Neustart im Team“, kurz NesT, Anfang Mai ein deutsches Pilotprojekt zur legalen Aufnahme von Flüchtlingen vorgestellt. Entsprechend der Aufnahmeanordnung des Bundesinnenministeriums werden 500 Personen aus den Erstzufluchtsländern Ägypten, Äthiopien, Jordanien und Libanon ab Mitte 2019 aufgenommen. Wie das Programm funktioniert und was an diesem problematisch ist, fasst Thomas Heek, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats Niedersachsen, zusammen.

Knapp 10 000 Abschiebungen bis Ende Mai

Aktuelle Zahlen der Bundesregierung

In der ersten Jahreshälfte (bis Ende Mai) 2019 hat Deutschland bereits knapp 10 000 Menschen abgeschoben. Zusätzlich sind 6 800 "freiwillig" ausgereist. Seit 2016 ist die Zahl der Abschiebungen leicht rückläufig. 2018 lag die Zahl der durchgeführten Abschiebungen erstmals unter der gescheiterter Abschiebeversuche. Und obwohl der Bundesregierung nicht bekannt ist, woran Abschiebungen scheitern, hat der Bundesrat Seehofer's "Geordnete-Rückkehr-Gesetz" gebilligt, was unter anderem eine massive Ausweitung der Abschiebehaft vorsieht.

- [MIGAZIN Artikel](#)

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. dokumentiert europäische Migrationskontrolle in Afrika

Crowd-Funding Kampagne für die Website migration-control.taz.de

Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. (FFM) recherchiert und veröffentlicht Informationen zu Fluchtbewegungen an den Außengrenzen der Europäischen Union. FFM übernimmt nun das Web-Projekt migration-control.taz.de, das 2016 auf Initiative der taz begonnen wurde. Der Fokus liegt auf der Abschottung Europas und der Migrationskontrolle in Afrika durch die EU. Zur Finanzierung einer Aktualisierung, erneuten Programmierung und Übersetzung der Website hat FFM eine Crowdfunding-Kampagne gestartet.

- Crowdfunding-Kampagne der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.

3. Rechtsprechung

VG Stuttgart: Flüchtlingsanerkennung für Frau aus Tunesien wegen drohender Zwangsverheiratung

Tunesien soll nach dem Willen der Bundesregierung und der Landesregierung Baden-Württembergs zum "Sicheren Herkunftsstaat" erklärt werden. Dass das Land nicht ganz so sicher ist, wie es sich einige Politiker*innen gerne vorstellen, zeigt ein aktuelles Urteil des VG Stuttgart (Aktenzeichen: A 5 K 16660/17), wonach einer tunesischen Frau die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen ist. Sie war wegen drohender Zwangsverheiratung geflohen.

VG Stuttgart: Wohnsitzauflage rechtswidrig wenn ausreichende Deutschkenntnisse vorhanden

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat in einer Entscheidung vom 27. Juni (Aktenzeichen 8 K 2485/19) die aufschiebende Wirkung eines Einspruches gegen eine Wohnsitzauflage nach § 12 a Absatz 3 AufenthG angeordnet. Dabei kam es darauf an, dass die betroffene Person bereits das Deutsch-Niveau B1 nachweisen konnte, so dass die im Gesetz enthaltene Begründung für die Wohnsitzauflage (Wohnraumversorgung, Erwerb von Deutschkenntnissen, Integration in den Arbeitsmarkt) in diesem Fall nicht zutrefte. Die Wohnsitzauflage sei nur dann gerechtfertigt, wenn sie für alle drei der genannten "Integrationsaspekte" notwendig sei. Da der Betroffene bereits Deutschkenntnisse über das Niveau A2 ("ausreichende Deutschkenntnisse" hinaus erworben hat, sei die Wohnsitzauflage nach Ansicht des Gerichts rechtswidrig.

Flüchtlingsanerkennung für Angehörige der "Kirche des Allmächtigen Gottes" aus China

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte Sigmaringen und Freiburg

Nachdem das Verwaltungsgericht Karlsruhe bereits im vergangenen Jahr in zwei Verfahren (Urteil von 4.5.2018, Az: A 6 K 7906/16 sowie Urteil vom 12.6.2018, Az: A 6 K 436/17) Angehörigen der christlichen Glaubensrichtung "Kirche des Allmächtigen Gottes" als Asylberechtigte anerkannt hat, haben auch die Verwaltungsgerichte Sigmaringen (Urteil vom 29.1.2019, Az: A 3 K 436/17) und Freiburg (Urteil vom 21.12.2018, Az: A 9 K 4943/16) festgestellt, dass Angehörigen dieser Kirche Verfolgung droht. Der Umstand, dass die Personen teilweise legal ausgereist sind, spricht entgegen der Annahme des BAMF nicht gegen eine Verfolgung durch den Staat.

4. Materialien und Veröffentlichungen

Rechtswörterbuch in verschiedenen Sprachen

Neues Angebot von "Translation For All"

Das deutsche Asyl- und Aufenthaltsrechts ist so schon kompliziert genug. Wenn dann auch noch Sprachbarrieren hinzu kommen, wird es noch schwieriger. Um eine Hilfe im Paragraphen-Dschungel zu schaffen, ist das Rechtswörterbuch von Translation For All nun online zum Download verfügbar. Dabei werden Themen wie Behörden, Gesetze, Aufenthaltstitel, Dublin-III-Verordnung, Kinderrechte, Residenzpflicht und Polizeikontrollen abgedeckt. Das Rechtswörterbuch steht auf den Sprachen Arabisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Russisch zur Verfügung.

- [Links zu den Rechtswörterbüchern bei fluechtlingshelfer.info](#)

Asylgesuche von LSBTTIQ-Personen

Neuer Leitfaden der Schweizer Flüchtlingshilfe

Die Schweizer Flüchtlingshilfe hat einen Leitfaden für die Rechtsvertretung und -beratung entwickelt, der dazu beitragen soll, LSBTTIQ-spezifische Fluchtgründe zu erkennen und die Rechte von LSBTTIQ-Asylsuchenden zu wahren. Der Leitfaden beruht auf UNHCR-Richtlinien und beinhaltet konkrete Empfehlungen, wie die von LSBTTIQ-Personen gestellten Asylgesuche geprüft werden sollten. Zudem enthält der Leitfaden Empfehlungen zum Empfang, der Unterkunft und der Versorgung von asylsuchenden LSBTTIQ-Personen. Denn auch hier gilt es, die besondere Verletzlichkeit dieser Personengruppe zu berücksichtigen.

- [Pressemitteilung der Schweizer Flüchtlingshilfe](#)
- [Leitfaden zu Asylgesuchen von LSBTTIQ](#)

Informationsbroschüren für Geflüchtete - nun mehrsprachig erhältlich

Werkstatt PARITÄT und Flüchtlingsrat informieren zu verschiedenen Themen

Die Werkstatt PARITÄT und der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg haben Broschüren veröffentlicht, die einen Überblick über die Rechte von Personen mit einer Duldung oder Aufenthaltsgestattung geben sowie über Möglichkeiten, von der Duldung in eine Aufenthaltserlaubnis zu wechseln.

Themen: Duldung, Aufenthaltsgestattung, Ausbildungsduldung, Arbeitserlaubnisverfahren, Bleiberecht nach § 25a AufenthG, Bleiberecht nach § 25b AufenthG, Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG, Härtefallantrag

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Dari, Farsi (alle Flyer), Serbisch (Duldung, Ausbildungsduldung), Türkisch (Arbeitserlaubnis)

Die Broschüren sind als PDF-Dateien verfügbar. Einige können auch als gedruckte Version bestellt werden.

Weiterlesen ...

5. Veranstaltungshinweise

Infoabend: Neues aus dem Asyl- und Aufenthaltsrecht

Am Dienstag, 17. September, 18-20 Uhr in der Gemeindebücherei Malsch, Kirchberg 5, 69254 Malsch

In dieser Veranstaltung wird ein Überblick über die wichtigsten aktuellen Gesetzesänderungen im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts gegeben. Schwerpunkte sind die neue Beschäftigungsduldung sowie die Änderungen bei der Ausbildungsduldung.

Veranstalter: Asylkreis Rauenberg, Asylkreis Mühlhausen, AK Asyl Malsch

Referent: Seán McGinley, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Anmeldungen bitte bis zum 15.09.2019 bei Selina Kappings unter: 06222/619-25 oder per E-Mail selina.kappings@rauenberg.de.

Eine Veranstaltung im Rahmen des Projekts "Aktiv für Flüchtlinge", gefördert vom Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration", sowie „Gemeinsam in Vielfalt III", gefördert vom Land Baden-Württemberg, Ministerium für Soziales und Integration.

- [Flyer zur Veranstaltung](#)

Infoabend "Aufenthaltsverfestigung und Widerruf"

Am Donnerstag, 19. September, 18.30 Uhr im Untergeschoss der evangelisch-methodistischen ChristusKirche, Gerhard-Hauptmann-Str. 35, 70734 Fellbach

Wie geht es weiter nach der Anerkennung im Asylverfahren? Welche Möglichkeiten gibt es, zum dauerhaften Aufenthalt und perspektivisch auch zur Einbürgerung zu gelangen? Was passiert, wenn sich die Situation im Heimatland verbessert?

In dieser Infoveranstaltung geht es um die Themen Widerrufsverfahren, Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung. Eingeladen sind Geflüchtete sowie ihre haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen.

Referentin: Melanie Skiba (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg)

Veranstalter: Freundeskreis für Flüchtlinge in Fellbach in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Gefördert vom Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Tagung: Wie geht Integration? Was ist gelungen? – Was bleibt zu tun?

Am 21. und 22. September in der Evangelischen Akademie Bad Boll

Allen Unkenrufen zum Trotz: Integration kann gelingen und seit 2015 ist auch einiges gelungen. Geflüchtete sind in Ausbildung und Arbeit, engagieren sich in der Zivilgesellschaft, sind angekommen. Es ist aber auch klar geworden, dass Integration einen langen Atem braucht und nicht nur für den Staat und die Geflüchteten, sondern für die ganze Gesellschaft eine Herausforderung ist. Was kann verbessert werden? Wie wird unsere Gesellschaft zu einer wirklich offenen Gesellschaft, die echte Teilhabe ermöglicht? Expert*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bieten Expertise und stellen sich der Diskussion.

- [Weitere Informationen](#)

Volleyball-Integrationsturnier

Am 28. September ab 10 Uhr auf den Beachvolleyballspielfeldern des OSP Stuttgart, Mercedesstraße 83, 70372 Stuttgart

Der Volleyball-Landesverband Württemberg veranstaltet am 28. September am Olympiastützpunkt Stuttgart ein Integrationsturnier. Teilnehmen können bis zu 24 gemischte Mannschaften von bis zu sechs Personen (vier Spieler*innen plus zwei Ersatzspieler*innen) aller Geschlechter und Nationalitäten.

- [Weitere Informationen im Flyer zum Turnier](#)

6. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de